

Göpolis 13.04.2018

Sammelunterkunft Siekhöhe

Göttinger Linke befürchtet Dauereinrichtung

PIRATENundPARTEI-Ratsgruppe

kritisiert Verwaltung ebenfalls

Die Ratsfraktion der Göttinger Linken ist empört über die Mitteilung der Stadt- und Sozialverwaltung, die als Notunterkunft deklarierte Sammeleinrichtung Siekhöhe für geflohene Menschen über den angekündigten Schließungstermin im Herbst dieses Jahres hinaus für unbestimmte Zeit weiter betreiben zu wollen. Die Unterkunft werde von Flüchtlingsinitiativen und -helfer/innen als die am wenigsten geeignete Einrichtung kritisiert. Sie befindet sich in einer ehemaligen Lagerhalle abseits jeglicher Wohnbebauung, mit vielfachen baulichen Mängeln, von fehlendem Tageslicht über fehlenden Schallschutz bis zur mangelnden Privatsphäre und drohe immer mehr zu einer Dauereinrichtung zu werden – trotz des durch den Rat beschlossenen Prüfauftrags, sie möglichst im Herbst zu schließen.

„Wenn die Stadt gewollt hätte, dann hätte sie von der Option der Verlängerung zur Nutzung der Räumlichkeiten im ehemaligen IWF Gebrauch machen können“, heißt es in einer Erklärung der Fraktion. „Auch die Unterbringung etlicher Familien in Wohnungen wäre denkbar und machbar. Nach unseren Informationen sind alleine im Bestand der Adler Real Estate in Grone zur Zeit zwischen 20 bis möglicherweise sogar 30 Wohnungen leerstehend.“ Statt die Möglichkeiten dezentraler Unterbringung intensiv zu prüfen und anzugehen, für die heftigst umstrittene Unterkunft auf der Siekhöhe endlich erste Abwicklungsschritte zu entwickeln, solle vollkommen unnötig und übereilt in der Sitzung des Sozialausschusses am Donnerstag (12. April) der kostspielige Vertrag mit dem Deutschen Roten Kreuz für die Siekhöhe bis zum April 2019 verlängert werden. „Warum ist es notwendig, so schnell Fakten zu schaffen, die den Rat schon bald wieder mit gebundenen Händen da stehen lassen werden?“ fragen die Kritiker.

Die PIRATENundPARTEI-Gruppe im Rat kritisiert die Pläne der Stadt Göttingen, die Geflüchteten-Unterkunft am Anna-Vandenhoeck-Ring nun doch bis 2019 weiter betreiben zu wollen, ebenfalls. Auch zu kritisieren sei das Verhalten der Grünen, die noch im Oktober 2017 für eine schnelle Schließung der kontrovers diskutierten Unterkunft plädierten, nun aber die Ankündigung der Stadt auf Weiterbetrieb widerspruchslos im Sozialausschuss zur Kenntnis nehmen, erklärt sie. Für die Ratsgruppe sei es völlig unverständlich, warum man ausgerechnet an einer Unterkunft festhalte, die vor Ort die heftigsten Diskussionen hervorgerufen habe.